

Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests

Stefan Wolle

Unser Tag ist voll fröhlicher Lieder und vom Rhythmus der Freude beschwingt«, schmetterten in den frühen fünfziger Jahren die gemischten Chöre der Freien Deutschen Jugend. »Aus Betrieben und Schulen hallt's wider, wenn das Marschlied der Jugend erklingt. Baut die Straßen der Zukunft zu Ende. Vorwärts, Freunde vom Jugendverband!«¹

Die *Straße der Zukunft* – das war der Weg der jungen Generation in eine neue Zeit, gleichzeitig aber auch schon die Zukunft selbst – neue, schöne, moderne und lichtdurchflutete Bauwerke. In den Städten der Zukunft sollte es breite Straßen geben, auf denen Massen von Demonstranten Platz hatten, die den Blick auf den Himmel freigaben und die vom Sturmwind durchweht waren, der die Fahnen flattern ließ. Vor allem aber ging die *Straße der Zukunft* geradeaus ohne Kurven und Krümmungen der aufgehenden Sonne entgegen.

Solche Straßen zu bauen – ja die ganze Welt in eine solche Straße zu verwandeln – schickte sich die junge Generation unter Führung der Partei der Arbeiterklasse an. So wenigstens sah es die propagandistische Selbststilisierung der Führung und ihrer aktiven Anhängerschaft.

Der zentrale Topos der Lieder, Parolen und Bilder der frühen fünfziger Jahre war keineswegs der Sozialismus oder der neu gegründete Staat, sondern neben dem *Frieden* vor allem der Begriff des *Aufbaus*, gelegentlich auch des *Wiederaufbaus*. Im Jahre 1951 wurde ein *Nationales Aufbauprogramm* ins Leben gerufen. Jedermann war aufgerufen, drei Prozent seines Monatseinkommens für die Dauer eines Jahres auf ein *Aufbausparbuch* einzuzahlen. Dafür gab es drei Prozent Zinsen und zusätzlich ein Los der *Aufbaulotterie*, in deren Rahmen Zwei- und Dreizimmerwohnungen sowie Geldbeträge verlost wurden. Der Maurer in weißer Montur und Schirmmütze mit einem Ziegelstein und der Maurerkelle in den Händen war ne-

ben dem Traktoristen und dem Stahlarbeiter am glühenden Hochofen das beliebteste Bildmotiv der Plakate.

Noch heute sprechen viele trotz des historischen Scherbenhaufens nicht ohne Anerkennung von den Leistungen der *Aufbaugeneration* der DDR. Natürlich haben die späten Wortführer dieser Generation in der Regel keineswegs Ziegelsteine geschleppt und Wände verputzt – allenfalls gelegentlich bei freiwilligen Arbeitseinsätzen zu Hacke und Schaufel gegriffen. Doch dieser Einwand geht ins Leere. Denn Aufbau war immer mehr als Städte- oder Wohnungsbau – in der Bildsprache und Metaphorik sollte das neu erbaute Haus für die neue Gesellschaft stehen. Immer wieder wurden in Gedichten, Liedern und Festreden die sicheren Fundamente beschworen, auf denen der Bau des Sozialismus stehen würde, seine starken Mauern gerühmt, und selbst der merkwürdig archaische Begriff vom »antifaschistischen Schutzwall« gehört im weitesten Sinne in das semantische Umfeld des Bauens. Denn im Mittelpunkt stand das Bild vom sicheren, geborgenen Zuhause. Das Wohnungsbauprogramm der siebziger und achtziger Jahre war das Kernstück von Honeckers Sozialpolitik und gleichzeitig deutlichster Ausdruck ihres Scheiterns. So begleitete die Hausbaumetaphorik den Sozialismus bis ans bittere Ende. Als seit 1985 auch in der DDR viel von »Perestrojka« – was auf Deutsch nichts anderes als Umbau heißt – die Rede war, reagierte SED-Politbüromitglied Professor Kurt Hager mit seiner zum geflügelten Wort gewordenen Bemerkung, er sähe keinen Anlass, die »Wände neu zu tapezieren, nur weil der Nachbar es täte«. Er traf wohl ungewollt ins Schwarze mit seinen Bedenken. Es war längst zu spät für Schönheitsreparaturen, und gerade die als Heimwerker versierten DDR-Bürger wussten, dass beim Abnehmen alter Tapeten oft der Putz herunterfällt und das brüchige Mauerwerk erbarmungslos bloßgelegt wird.

»Wäre es schön? Es wäre schön!«

Ende 1951 erhielt die Aufbaupropaganda der SED ihren zentralen Bezugspunkt und ihren konkreten Ort. Am 25. November 1951 stellte das Zentralorgan der SED in der Überschrift zum Leitartikel die rhetorische Frage: »Wäre es schön?« und lieferte die mit einem Ausrufezeichen versehene Antwort gleich mit: »Es wäre schön!«

Der Rest der großformatigen Titelseite des *Neuen Deutschland* war gefüllt mit einem »Vorschlag des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für den Aufbau Berlins«. Natürlich war der Begriff des *Vorschlags* in diesem Zusammenhang ebenfalls rein rhetorisch

gemeint. Das Aufbauprogramm für Berlin war zu diesem Zeitpunkt längst beschlossene Sache. Nach einer kurzen und intensiven Diskussionsphase hatte die Parteiführung verfügt, die Stalinallee im Osten der Stadt gigantisch auszubauen. In einem internen Diskussionspapier hieß es: »Die Planung und Rekonstruktion Berlins und der Aufbau im Jahre 1952 sind eine politische Aufgabe von besonderer Bedeutung. Sie schaffen das begeistern- de Beispiel des friedlichen Aufbaus und zeigen der Bevölkerung Westber- lins und Westdeutschlands, zu welchen Leistungen die Werktätigen fähig sind, die von der Herrschaft der Imperialisten befreit und nicht dem Kom- mando der anglo-amerikanischen Gouverneure unterworfen sind.«²

In dem veröffentlichten Aufruf wird vor allem an das Nationalgefühl appelliert: »Die Geschichte zeigt, daß auch das deutsche Volk imstande ist, große Leistungen im Namen der Nation zu vollbringen.«³ Den Menschen werden geräumige, moderne Wohnungen in neuen Stadtteilen verspro- chen. Von einem »Aufbaufieber« ist die Rede, das die Menschen in Ost und West erfassen würde.

Von nun an überschlug sich die Propaganda über den Bau der Stalin- allee fast täglich. In Zeitungen, auf Plakaten und im Rundfunk wurde die Bevölkerung aufgerufen, sich am Aufbauprogramm zu beteiligen. Bereits wenige Wochen nach der öffentlichen Verkündung des Plans der Partei vermeldete das Nationale Aufbaukomitee zahlreiche Selbstverpflichtun- gen und Vorschläge für die Realisierung der hochgesteckten Ziele. In den Kinos lief seit Ende November 1951 ein DEFA-Film mit dem Titel »Die neue Wohnung«, in dem über die Aufbaupläne in der Stalinallee berichtet wurde. Überall in der Republik fanden Versammlungen zur Information der Bürger und Propagierung der Spendenaufrufe statt. Es bildeten sich Betriebskomitees, Schulkomitees und Komitees im Wohngebiet, die frei- willige Verpflichtungen übernahmen. Die Werktätigen standen Schlange, um die begehrten Aufbausparbücher zu bekommen und drei Prozent ihres Lohnes abzuführen – jedenfalls wurden Pressefotos mit solchen Szenen veröffentlicht. In der anlässlich der Weltfestspiele im Sommer 1951 aus dem Boden gestampften Sporthalle in der Stalinallee öffnete eine ständige Bauausstellung ihre Pforten. Dort konnten die Berliner ein Modell der ge- planten Allee bewundern. Es versteht sich, dass die Begeisterung riesengroß war. Und auch die Kunstschaaffenden wollten nicht zurückstehen und liefer- ten einen Aufbau-Walzer ab, der von nun an im Demokratischen Rundfunk viel zu hören war. »Weit wie der Himmel, hell wie die Sonne schön / baun wir Häuser, schnell solln die Kräne sich drehn. / Wir rufen: Hau ruck! Hau ruck! Wir packen zu, und die Häuser erblühn! Hau ruck! / Hau ruck! Für unser junges Berlin!«⁴

Sozialismus auf dem Rücken der Arbeiter

Auch das Jahr 1953 begann mit einem großen Aufbaueinsatz. Am 2. Januar 1953 zogen nach einer Kundgebung auf dem Strausberger Platz Tausende freiwillige Bauhelfer zu den Bauplätzen, um dort im Scheinwerferlicht und zu Musik aus den Lautsprecheranlagen das neue Planjahr mit heroischen Arbeitsleistungen zu beginnen.

Die frohen Gesänge, die Parolen und Aufmärsche ließen keinen Raum für kritische Fragen, selbst wenn diese ganz im Sinne des Systems gewesen wären. So konnte es geschehen, dass gerade in dem Vorzeigeprojekt des sozialistischen Aufbaus ein kritisches Potential von ungeheurer sozialer und politischer Sprengkraft heranreifte, ohne dass die Parteiführung davon Kenntnis nahm.

Am 22. Februar 1953 tagte im »Kulturhaus der Bau- und Holzarbeiter« in der Stalinallee eine »Große Bauarbeiterkonferenz«. Sie verabschiedete ein »Kampfprogramm« zur Erfüllung der Aufgaben beim Nationalen Aufbauprogramm. Im Mittelpunkt der Wettbewerbsbewegung stand ein »Brigadevertrag«. Er enthielt alle Aufgaben, die im Kampf um den Titel »Baustelle der ausgezeichneten Qualität« gestellt wurden. Dazu gehörten die Senkung der Nebenkosten durch Neuerervorschläge, Erfüllung der Terminpläne, Rationalisierung, Materialeinsparung und Qualitätsarbeit. In der Propaganda wurden diese Forderungen auf die einprägsame Formel gebracht: »Spare mit jeder Minute, jedem Gramm und jedem Pfennig«.

Einige Monate später formulierte Walter Ulbricht in einem Referat vor Staats- und Parteifunktionären die Forderung nach »Überwindung der rückständigen Arbeitsnormen« und eröffnete damit die Diskussionen um die Normenfrage. Auch auf den Reden zum Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen am 1. Mai wurde vielfach die freiwillige Erhöhung der Arbeitsnormen propagiert. Schließlich veröffentlichte das *Neue Deutschland* am 16. Mai 1953 einen Beschluss des Politbüros über die mindestens zehnprozentige Erhöhung der Normen. Bereits am 1. Juni sollte diese Veränderung in Kraft treten, und die Mitarbeiter der Verwaltung machten sich ungesäumt an die Erarbeitung der notwendigen Kennziffern. Am 28. und 29. Mai sollten diese Normenerhöhungen auf Aktivtagungen beschlossen werden. Doch an der Basis regte sich Widerstand. Auf der Aktivtagung des VEB Industriebau Berlin gab es zahlreiche Gegenstimmen und Enthaltungen. Die Vertreter von den Baustellen Krankenhaus Friedrichshain und Polizeiwache Marchlewskistraße verweigerten der Regierungspolitik die Zustimmung. Dies war für damalige Verhältnisse mehr als ungewöhnlich, verstand sich doch die Gewerkschaft als Transmissionsriemen der Beschlüs-

se der Partei. Doch die zentralen Gremien nahmen die Unruhe unter den Basisvertretern nicht zur Kenntnis. Der Zentralvorstand der IG Bau-Holz bestätigte am 30. Mai einen »Kampfplan« zur Durchsetzung der neuen Normen. Der Beschluss enthielt Vorschriften für die Durchführung einer zehnprozentigen Normensteigerung auf allen Baustellen. Natürlich reichte die Zeit nicht, die komplizierten Berechnungssysteme von einem Tag auf den anderen umzustellen. Den Belegschaften wurde deswegen mitgeteilt, dass die Normenerhöhung vorläufig durch den Abzug des vorgesehenen Prozentsatzes vom Lohn erfolgen sollte. Das bedeutete faktisch eine Lohnminderung um zehn Prozent. Diese Entscheidung stieß bei den Arbeitern auf allgemeine Empörung. Es gab Gerüchte, dass es aufgrund der rückwirkenden Normenerhöhung ab 1. Mai im Juni zu Lohnseinbußen von zwanzig Prozent und mehr kommen könnte.

In diese aufgeheizte Situation platzten die überraschenden Meldungen vom »Neuen Kurs« hinein. Am 11. Juni veröffentlichten die Zeitungen eine in dieser Form noch nie dagewesene Selbstkritik der Parteiführung und die Rücknahme zahlreicher Maßnahmen. Allein die Normenfrage blieb ungeklärt. Am 12. Juni fanden überall auf den Baustellen Belegschaftsversammlungen statt, die teilweise die Normenerhöhung mehrheitlich beschlossen. Dort aber, wo die Funktionäre auf Widerstand stießen, vertagten sie die Entscheidung. Die Verunsicherung der Vorgesetzten und der Funktionäre war beträchtlich und in der Führungsspitze der SED herrschte Schweigen. Angesichts dieser Situation brach sich die lange aufgestaute Wut der Arbeiter zunehmend Bahn und ließ sie Dinge wagen, die noch einige Tage zuvor undenkbar gewesen wären.

In seinem Verhör bei der Staatssicherheit schilderte der am 19. Juni 1953 verhaftete Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Industriebau, Max Fettling, den Vernehmungsoffizieren die Ereignisse. Nach seiner Erinnerung fiel das explosive Wort *Streik* auf der Baustelle des Krankenhauses Friedrichshain zum ersten Mal an jenem 12. Juni 1953. Er sagte aus: »Kollege Foth teilte gegen 12.00 Uhr mit, er habe von Arbeitern gehört, dass gestreikt werden solle«.

»Welche Maßnahme ergriffen Sie?«, fragte darauf der Untersuchungsführer der Staatssicherheit.

»Ich habe die Kollegen aufgefordert, keinen Streik zu beginnen und den Oberbauleiter Kunze informiert.«⁵

Doch herrschte in den Führungsetagen des Baubetriebes entweder bereits Wochenendstimmung oder aber die Konfusion war schon so groß, dass die brenzlige Meldung nicht weitergereicht wurde. Jedenfalls ließ man die Dinge auf sich beruhen und am nächsten Tag, am Sonnabend, dem

13. Juni 1953, fand die legendäre Dampferfahrt der Bauarbeiter vom VEB Industriebau statt.

Eine revolutionäre Dampferfahrt

Fahrten mit Ausflugsschiffen über die Berliner Seen gehörten seit dem 19. Jahrhundert zu den beliebtesten Vergnügungen der kleinen Leute in Berlin. Am Wochenende fuhren diese Dampfer, wie die Berliner die Schiffe der »Weißen Flotte« nannten, im Linienbetrieb stündlich oder öfter zu den Ausflugsgaststätten im Grünen. Dort gab es Bier und Blasmusik und abends wurden bunte Lampions angezündet. Die Dampferkarte kostete in den Nachkriegsjahren für Erwachsene 50 und für Kinder 25 Pfennig, 49 Pfennig kostete ein Bier, Bockwurst mit Senf eine Mark, Kartoffelsalat etwa ebenso viel. Das alles konnte sich selbst in schwierigen Zeiten jeder leisten.

Der FDGB knüpfte in seinen Bemühungen um eine kulturvolle Freizeitgestaltung der Werktätigen nahtlos an den Brauch der Berliner Arbeiterschaft an und veranstaltete in der Regel einmal jährlich eine solche Dampferfahrt mit den Kollegen und deren Familien. Für den Brigadefahrt wurde meistens der Sonnabend gewählt. So konnte man am nächsten Morgen ausschlafen. Und dies war angesichts der Nachwirkungen sehr oft auch nötig.

Soweit verlief alles nach dem bekannten Schema, als der BGL-Vorsitzende Max Fettling am 23. Mai 1953 bei der Weißen Flotte zwei Dampfer für den 13. Juni anheuerte. Der Termin stand bereits seit einer Produktionsberatung vom 12. Mai fest. Eine fünfköpfige Kommission nahm die organisatorischen Vorbereitungen in die Hand. Insgesamt wurden von jedem Teilnehmer drei Mark für die Fahrt einschließlich Speisen und Getränken kassiert. Dazu gab es einen Zuschuss der Gewerkschaft in Höhe von 1050 DM, die mit weiteren 350 DM auch eine kleine Kapelle mit einem Akkordeonspieler bezahlte.

Um 7.30 Uhr ging es am 13. Juni bei strahlendem Frühsommerwetter von der zentralen Anlegestelle beim Bahnhof Jannowitzbrücke los. Die etwa 500 bis 600 Werktätigen des VEB Industriebau, teils mit Frauen und Kindern, verteilten sich auf die beiden Motorschiffe »Seid bereit!« und »Triumph«, auf denen sich auch andere Fahrgäste befanden. Dass die Verteilung der Belegschaft auf die beiden Schiffe einem Plan folgte, der die späteren Wortführer der Streikbewegung zusammenführte, ist wohl eine Fiktion der Staatssicherheit. Von Planung oder Organisation konnte keine

Rede sein. Zunächst ging es die Spree aufwärts, vorbei an Oberschöneweide, Köpenick und Friedrichshagen bis zum Müggelsee, an dessen Südufer sich die traditionsreiche Ausflugsgaststätte »Rübezahl« befand. Der Bierkonsum war offenbar erheblich. Am Nachmittag wurde an einigen Tischen heftig politisiert. Gegen 19 Uhr hielt der stellvertretende BGL-Vorsitzende Georg Brosda eine »humoristische Ansprache« und auch der Bauleiter Roepke ergriff das Wort und nahm wohl auf die Situation Bezug. Daraufhin stieg der Brigadier Alfred Metzdorf auf den Tisch und verkündete lautstark: »Kollegen, wir gehen am Montag um 7 Uhr nicht aus den Baubuden. Wir streiken.« Einer der Teilnehmer sagte während seiner Vernehmung durch das MfS aus: »Durch die umstehenden Kollegen wurde Metzdorf sofort vom Tisch gezogen und am Weitersprechen gehindert. Ebenso ertönten Zurufe der Empörung über das Verhalten des Metzdorf.« Es soll sich bei den Kollegen, die Metzdorf zum Schweigen bringen wollten, um den Bauleiter Karl Roepke und den Brigadier Karl Foth gehandelt haben. Andere Teilnehmer hatten von dem Vorfall nichts bemerkt oder wollten sich später nicht mehr daran erinnern. Auch während der Rückfahrt habe es keine politischen Diskussionen mehr gegeben.

Gegen 20 Uhr legten die beiden Dampfer wieder ab. Um 21.30 Uhr war man an der Anlegestelle Jannowitzbrücke angekommen und die Kollegen gingen nach Hause.

Die Vorhut bleibt ungerührt

Am Montagmorgen spitzte sich die Situation auf der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain weiter zu. Um 7 Uhr versammelten sich die Arbeiter wie angekündigt in der Baubude und forderten die Einberufung einer Versammlung. Alfred Metzdorf soll sich bei dieser Gelegenheit noch einmal lautstark hervorgetan haben. Daraufhin wurde für 9 Uhr eine Belegschaftsversammlung einberufen. Fettling versuchte seiner eigenen Schilderung nach, die Leute zu beruhigen und schlug vor, zwei bis drei Tage zu warten und das Ergebnis der neuen Regierungsbeschlüsse abzuwarten. Doch währenddessen rief der Materialverwalter Rösner auf anderen Baustellen an, um über den Streik zu informieren. Gegen 8 Uhr tauchten zwei BGL-Mitglieder von der Baustelle Staatsoper auf und erklärten, man habe gehört, hier werde gestreikt. Auch vom Block 40 der Stalinallee und dem Halbzeugwerk Schnellerstraße waren Vertreter anwesend.

Aus der Sicht Max Fettlings stellte sich folgende Situation dar: »Die Brigadiere teilten mit, daß die Brigaden nicht arbeiten wollen und eine

Betriebsversammlung verlangen, an der die Betriebs- und Bauleitungen und Vertreter vom FDGB-Kreis Friedrichshain teilnehmen sollten. In der Produktionsbesprechung wurde beschlossen, die Betriebsversammlung für 9 Uhr einzuberufen. Zunächst sprachen Roepke und Sprafke über die Normenerhöhung und forderten zur Aufnahme der Arbeit auf. Dann sprach der Sekretär der IG Bau-Holz Kreis Friedrichshain, Bienicke. Von ihm forderten die Bauarbeiter, dass er Maßnahmen treffen solle, dass die zehnprozentige Normenerhöhung rückgängig gemacht werden sollen, was Bienicke ablehnte. Daraufhin forderte ein Bauarbeiter, daß ich eine Resolution verfassen solle, sie der Versammlung vorlegen und damit zur Regierung gehen solle. Darauf ging ich mit der BGL zum Kulturraum, wo sich Mitglieder des SED-Kreissekretariats Friedrichshain befanden. Einer der SED-Funktionäre, Baum, formulierte dann eine Resolution an den Ministerpräsidenten, in der gebeten wurde, die zehnprozentige Normenerhöhung zurückzunehmen. Die Resolution wurde der Versammlung vorgelegt. Die Resolution wurde abgelehnt, weil darin vorgesehen war, dass der Ministerpräsident sich innerhalb von vier Tagen äußern solle. Es wurde verlangt, daß die Antwort bis zum nächsten Morgen erfolgen solle und das Wort ›bitten‹ gestrichen und an dessen Stelle ›fordern‹ geschrieben wird.«⁶

So geschah es. Äußerlich gleicht der historische Brief, dessen Original heute im Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) in Berlin-Lichterfelde einsehbar ist, unzähligen anderen Amtsschreiben. Im Kopf ist als Absender vermerkt »VEB Industriebau – Baustelle Bettenhaus Friedrichshain«, dazu die Adresse mit Fernsprechnummer und das Datum vom 15.6.1953. Dann heißt es: »Wir Kollegen der Grossbaustelle vom VEB-Industriebau wenden uns an Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, von unseren Sorgen Kenntnis zu nehmen.

Unsere Belegschaft ist der Meinung, dass die 10%ige Normenerhöhung für uns eine große Härte ist. Wir fordern, dass von dieser Normenerhöhung auf unserer Baustelle Abstand genommen wird.

Wir haben aus dem Ministerrats-Beschluss zur Kenntnis genommen, dass alle republikflüchtigen Grossbauern und Gewerbetreibenden ihr Eigentum zurückerhalten werden, so dass wir Werk tätigen demzufolge unsere Normen, wie sie vorher bestanden, beibehalten wollen.

In Anbetracht der sehr erregten Stimmung der gesamten Belegschaft fordern wir, zu diesen schwerwiegenden Punkten unverzüglich befriedigend Stellung zu nehmen und erwarten Ihre Stellungnahme bis spätestens morgen Mittag. Für die Belegschaft der Baustelle: B.G.L.«⁷

Darunter befinden sich die Unterschrift Fettling und der blaue Stempel der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Industriebau sowie die Adres-

*Dem Demonstrationszug der Henningsdorfer Stahlwerker
zum Haus der Ministerien schlossen sich Tausende Berliner an.*

se: »An den Minister-Präsidenten Otto Grotewohl, Berlin W. Leipziger Strasse.«

Es wurde beschlossen, die Resolution in dieser Form von einer Delegation dem Ministerpräsidenten überbringen zu lassen. Der Abordnung sollten neben Max Fettling der Brigadier Kurt Bluhm, Rathey und ein namentlich nicht bekannter Maurer angehören. Der Materialverwalter Rösner, der gleichzeitig als Einsatzleiter KfZ fungierte, stellte einen kleinen dreirädrigen Lieferwagen zur Verfügung. Gegen 13.15 Uhr machte sich die vierköpfige Delegation auf den Weg und erreichte etwa um 14 Uhr das Haus

des Ministerrates in der Leipziger Straße Ecke Wilhelmstraße. Sie fragten beim Pförtner nach dem Büro des Ministerpräsidenten und erhielten die Auskunft, sie mögen den Eingang Richtung Potsdamer Platz benutzen. Die Delegation meldete sich dort bei der Pförtnerin. Nach kurzem Telefonat erklärte sie, die Bürger könnten nicht vorgelassen werden, da sich der Herr Ministerpräsident nicht im Hause befinde. Doch die kleine Delegation wollte sich nicht so einfach wegschicken lassen. Nach weiteren Telefonaten fand sich ein zuständiger Mitarbeiter, der die Arbeiter über einen langen Hof hinweg in ein Zimmer im zweiten Stock geleitete. Dort wurden sie von zwei Mitarbeitern des Ministerpräsidenten empfangen. Es handelte sich um den damals erst 22-jährigen Genossen Ambrée und die nur wenig ältere Genossin Plaschke. Beide schilderten in einem nach den Ereignissen erstellten ausführlichen Bericht das Gespräch mit der Arbeiterdelegation.⁸ Die beiden Mitarbeiter des Ministerpräsidenten nahmen die Resolution entgegen und unterhielten sich etwa zwei Stunden lang mit der Delegation. Die Arbeiter wurden ausführlich nach den Gründen ihrer Unzufriedenheit befragt. Die vier Bauarbeiter erklärten noch einmal eindringlich ihr Anliegen. In dem Bericht von Ambrée und Plaschke vom 25. Juni 1953 werden sie mit folgender Äußerung zitiert: »Die Kollegen sagten uns, daß mit ihnen über diese Frage noch nie so eingehend diskutiert wurde. Wenn das geschehen wäre, so erklärten sie, wäre es ihrer Meinung nach nicht zu der Arbeitsniederlegung gekommen.«

Während Fettling und seine Leute mit den Mitarbeitern Grotewohls diskutierten, verbreitete sich die Nachricht von dem Schreiben auf verschiedenen Baustellen Berlins. Unter anderem auch an der Stalinallee: Der Maurer Stanike und ein Kollege, die im Auftrag ihres Brigadiers an der Belegschaftsversammlung der Baustelle Bettenhaus Friedrichshain teilgenommen hatten, überbrachten gegen Mittag die Resolution. »Der BGL-Vorsitzende von der Baustelle Stalinallee Block 40 wollte die durch Stanike überbrachte Resolution ungelesen vernichten, aber der Parteisekretär Gutezeit erhob dagegen Einspruch und dieselbe wurde durch den Steinträger Kurt Schulz zur Verlesung gebracht und von der Belegschaft angenommen. Durch die Frau Nikodemski von der Oberbauleitung wurde die Resolution nochmals vervielfältigt und eine Abschrift der Baustelle Fernheizwerk der Brigade Kloß übergeben.«⁹

Obwohl im Laufe des Nachmittags weitere Nachrichten von Arbeitsniederlegungen im Büro des Ministerpräsidenten eintreffen, scheitern am späten Nachmittag und Abend des 15. Juni 1953 alle Versuche, den Ministerpräsidenten zu erreichen. Die Genossen Ambrée und Plaschke informierten zwar ihren Dienstvorgesetzten Tzschorn. Doch dieser war der

Schild am Eingang des Ost-Berliner BEWAG-Hauptgebäudes

Meinung, die Verantwortung liege beim Magistrat von Berlin. Der Versuch, Oberbürgermeister Friedrich Ebert zu erreichen, scheiterte jedoch, wie aus einer Aktennotiz hervorgeht, gegen 17.50 Uhr. Auch die Bezirksleitung der SED erklärt sich für unzuständig. Immerhin wird Genosse Hafrang vom zuständigen Ministerium für Bauwesen informiert. Dieser verspricht, am nächsten Morgen einige Instrukteure auf die Baustelle zu schicken. Dennoch bleiben die brisanten Meldungen bei untergeordneten Instanzen hängen. So verstrich das Ultimatum der Arbeiter, ohne dass die Regierung den Versuch unternommen hätte, das schwelende Feuer auszutreten.

Die Geschichte nimmt ihren Lauf

Am Morgen des 16. Juni 1953 kam der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz begleitet von 15 Instrukteuren zur Baustelle des Krankenhauses Friedrichshain und erklärte, dass an dem Beschluss des Ministerra-

tes der DDR zur Erhöhung der Normen nicht zu rütteln sei, dass allerdings die Art der Durchführung des Beschlusses auf dieser Baustelle nicht richtig gewesen sei. Er befand sich mit diesen Äußerungen auf der politischen Linie des Artikels im *Neuen Deutschland* vom Sonntag, dem 14. Juni 1953: »Es ist Zeit den Holzhammer beiseite zu legen.« Die Grundtendenz dieses Berichts über die Stalinallee lautete: Die Normensteigerung ist notwendig, darf aber nicht administrativ durchgesetzt werden. Inzwischen war allerdings in der Gewerkschaftszeitung *Tribüne* ein Artikel erschienen, in dem es ausdrücklich hieß: »Die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig.«

Während der Gewerkschaftsvorsitzende versuchte, die Kollegen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen, tagte die Bezirksleitung der SED von Groß-Berlin. Sie schlug die Rücknahme der Normerhöhung vor und wandte sich an das Politbüro, das sich im Laufe des Vormittags dieser Ansicht anschloss. Über Rundfunk und Lautsprecherwagen sollte die Mitteilung unter der Bevölkerung verbreitet werden. Doch es war bereits zu spät. Inzwischen waren die Ereignisse auf den Baustellen im Osten der Hauptstadt explodiert. Der Versuch, die Tore der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain zu schließen, führte zur weiteren Eskalation. Auf der Baustelle Block 40 verbreitete sich die Nachricht, die Kollegen seien eingesperrt und man zog los, sie zu »befreien«. An der Spitze des Zuges wurde ein Plakat getragen mit der Aufschrift »Wir fordern Normensenkung«. Nun formierte sich auf dem Baustellengelände ein Demonstrationszug von ungefähr 2000 Arbeitern; sie marschierten die Stalinallee entlang und weiter zum Haus der Ministerien. Die Arbeiter riefen im Sprechchor »Kollegen, reiht euch ein! Wir wollen freie Menschen sein!« Tausende Berliner schlossen sich der Demonstration an. Der Stein, der die Lawine des Aufruhrs gegen die SED-Herrschaft ins Rollen bringen sollte, war nicht mehr aufzuhalten. Der Rest ist ein Stück deutscher Geschichte und oft schon erzählt. Innerhalb weniger Stunden sollte aus einer Bewegung gegen die Normenerhöhung ein demokratischer Volksaufstand werden. Ausgelöst durch den Zug der Bauarbeiter zum Sitz der Regierung in der Leipziger Straße und durch westliche Rundfunkmeldungen über diese Ereignisse, streikten und demonstrierten die Menschen im ganzen Land gegen die SED-Diktatur.

17. Juni 1953 – Menetekel für die SED-Diktatur

Die Tatsache, dass die demokratische Massenbewegung im Juni 1953 von den Bauarbeitern der Stalinallee und den benachbarten Baustellen ausging,

war von kaum zu überschätzender Bedeutung für den Gang der Ereignisse und für deren spätere Deutungsversuche durch die SED-Geschichtsschreibung.

Für alles andere hätte die SED-Propaganda Begründungen finden können. Hätten die Studenten rebelliert, wären sie verzogene Bürgersöhnchen und arrogante höhere Töchter gewesen, denen der intellektuelle Hochmut zu Kopfe gestiegen sei. Wären es die Kleinbürger gewesen, hätte sich in den Augen der Ideologen nur einmal mehr die marxistische Theorie des Klassenkampfes bestätigt. Wäre die Bewegung aus der Kirche gekommen, wäre dies dem Staat willkommenener Anlass gewesen, die Daumenschrauben gegen den »reaktionären Klerus« weiter anzuziehen. Aber ausgerechnet die Bauarbeiter der Stalinallee! Das ging mitten ins Herz. Niemals zuvor ist die Theorie von der Herrschaft der Arbeiterklasse im Sozialismus überzeugender und nachhaltiger widerlegt worden als von den Berliner Bauarbeitern. Hier versagten alle Erklärungsmuster der Parteipropagandisten, und wo die Erklärungen enden, beginnen die Märchen.

Einige Tage nach den Ereignissen schrieb der treu der SED ergebene Arbeiterdichter Kurt Barthel alias Kuba ein solches treuherzig-rührendes Märchen, ließ es als Flugblatt verteilen und veröffentlichte es im *Neuen Deutschland*. Die Geschichte mit dem Titel »Wie ich mich schäme!« handelt vom gutmütigen und starken, aber nicht sonderlich klugen Arbeiter, der vom bösen Zauberer verführt, sich gegen den guten König auflehnt und nun fleißig arbeiten muss, das verlorene Vertrauen wiederherzustellen.

»Sonnengebräunte Gesichter unter weißleinenen Mützen, muskulöse Arme, Nacken – gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt. Man konnte es sehen. Vierschrötig kamt ihr daher. Ihr setztet euch in Marsch, um dem Ministerium zu sagen, dass etwas nicht stimmt. Es stimmte etwas nicht, nämlich im Lohnbeutel; dagegen setzt man sich zur Wehr, das ist richtig. Dazu hattet ihr euer gutes, durch Gesetze festgelegtes Recht auf freie Meinungsäußerung. Ein wenig wachsamer hättet ihr zwar sein können. Was hat schließlich ein amerikanisches Auto bei einer Demonstration Berliner Bauarbeiter zu suchen?

... Ihr zogt in schlechter Gesellschaft durch die Stadt. Ihr zogt mit dem Gesindel, das von den großen Weltbrandstiftern gedungen, schon die Benzinflaschen in der Tasche trug, mittels denen sie morgen eure Baugerüste anzünden würden.«¹⁰

Bertolt Brecht verfasste darauf sein giftiges Epigramm »Die Lösung«, in der er das vielzitierte Wort ausspricht von der »Regierung, die sich ein neues Volk suchen möge«. Doch er ließ das Gedicht unveröffentlicht in der Schublade liegen.¹¹ Auch die nachdenklichen und melancholischen Ge-

dichte, die Brecht in der Idylle am Schermützelsee schrieb, sind nicht ohne Hintersinn gewesen. Doch sie wurden erst nach seinem Tode als »Buckower Elegien« veröffentlicht. Brechts Haltung zu den Ereignissen mag ambivalent gewesen sein, seine öffentliche Stellungnahme war vollkommen eindeutig. Noch am 17. Juni 1953 schrieb er in einem Brief an Walter Ulbricht: »... die Geschichte wird der revolutionären Ungeduld der Sozialistischen Einheitspartei ihren Respekt zollen. Die große Aussprache mit den Massen über das Tempo des sozialistischen Aufbaus wird zu einer Sichtung und zu einer Sicherung der sozialistischen Errungenschaften führen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszudrücken.«¹² Das Original dieses Schreibens befindet sich zusammen mit den Dankschreiben Ulbrichts ebenfalls im bereits erwähnten Archiv. Brecht schwieg zu dem peinlichen Vorgang, dass im *Neuen Deutschland* allein der affirmative Satzlusatz abgedruckt, die doppeldeutigen Sätze über die »große Aussprache« dagegen unterschlagen wurden. Auch war er keineswegs immun gegen die Legende, Agentenorganisationen hätten Achtgroschenjungen in weiße Kittel gesteckt, über die Sektorengrenze geschickt, um dort Streik und Aufruhr zu organisieren. »Die Straße freilich«, schrieb Brecht an seinen Verleger Peter Suhrkamp, »mischte die Züge der Arbeiter und Arbeiterinnen schon in den frühen Morgenstunden des 17. Juni auf groteske Art mit allerlei deklassierten Jugendlichen, die durch das Brandenburger Tor, über den Potsdamer Platz, auf der Warschauer Brücke kolonnenweise eingeschleust wurden, aber auch mit den scharfen, brutalen Gestalten der Nazizeit, den hiesigen, die man seit Jahren nicht mehr in Haufen hatte auftreten sehen ...«.¹³

Wenn es darum ging, den Kinderglauben vom guten und ehrlichen Arbeiter zu retten, verfiel selbst ein so scharfsichtiger Geist wie Bertolt Brecht in die Denkmuster der verlogenen SED-Propaganda.

In den Akten der Staatssicherheit und der SED findet sich nicht der geringste Beleg für »eingeschleuste Kolonnen« oder »Haufen von Nazis«. Der Unwille der Arbeiter wurde allein durch die SED-Politik verursacht und durch das ungeschickte Verhalten der Partei seit etwa April 1953 zudem ständig weiter geschürt. Stalins Tod war für die Ulbricht-Führung keineswegs Anlass, den offensichtlich falschen Kurs zu korrigieren. Sie machte in den Monaten vor dem Juni-Aufstand jeden nur denkbaren Fehler und als sie mit den Folgen ihrer Politik konfrontiert war, bot sie ein Jammerbild an Unentschlossenheit und Verwirrung.

Die SED-Funktionäre hätten gewarnt sein müssen angesichts der Geschichte der Arbeiterbewegung. Seit den Anfängen der sozialistischen Bewegung im 19. Jahrhundert waren es stets die hoch qualifizierten und

Jugendliche Demonstranten zerreißen die rote Fahne vom Brandenburger Tor.

Bilder von Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck werden auf der Straße verbrannt.

gut verdienenden Arbeiter, die in den sozialen und politischen Befreiungskämpfen die Vorhut bildeten. Auch in den zwanziger Jahren waren die Hochburgen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei die Betriebe, in denen die Arbeiter am besten verdienten, während die wirklich Elenden, wie Saisonkräfte in der Landwirtschaft, kaum politisch organisiert waren. Insofern ist es nur scheinbar ein Widerspruch, dass die sozial relativ gut gestellten Arbeiter der Berliner Baubetriebe die Protestbewegung gegen den SED-Staat anführten. Auch bei den späteren Arbeiteraufständen im kommunistischen Machtbereich – wie 1956 in Posen, 1970 an der polnischen Ostseeküste oder 1980 auf der Danziger Lenin-Werft – sollte sich dieses alte Grundmuster der Arbeiterbewegung wiederholen. Immer wieder waren Preiserhöhungen der Funke im Pulverfass allgemeiner Unzufriedenheit, und die selbstbewusste und gut organisierte Arbeiterschaft der Großbetriebe stellte sich an die Spitze der Bewegung.

Überhaupt trägt der Juni-Aufstand in der DDR wenigstens in den Ursprüngen Züge einer Arbeiterbewegung. Doch aus der Bewegung für Lohn-erhöhung und Preissenkung wurde innerhalb weniger Tage eine politische Aufstandsbewegung gegen das stalinistische Regime. Der lange Zeit verwendete Begriff des *Arbeiteraufstandes* ist insofern gegenüber dem seit 1989 stärker verwendeten Begriff des *Volksaufstandes* keineswegs als Abwertung zu verstehen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Rolle von Brigadiern, Gewerkschaftsvertrauensleuten und selbst untergeordneten SED-Funktionären, die in der Situation der allgemeinen Verwirrung teilweise auf der Seite der Arbeiter standen oder sogar zu Wortführern der Rebellion wurden. Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden viele von ihnen von ihren Positionen entfernt, erhielten Parteistrafen oder mussten für ihre Haltung sogar mit hohen Haftstrafen bezahlen. Ob solche Funktionäre Protagonisten einer künftigen »sozialistischen Arbeiterdemokratie« hätten werden können, muss angesichts des weiteren Ganges der Ereignisse dahingestellt bleiben. In Stefan Heyms Roman »Fünf Tage im Juni« wird diese Perspektive eröffnet. Die Geschichte bot jedoch weder 1953 noch später eine Chance, ein sozialistisches Demokratiemodell in der Realität zu erproben.

Der Ablauf der Ereignisse vom 12. bis 16. Juni 1953 zeigt vor allem, mit welcher Geschwindigkeit sich ein Lohnkonflikt in einem totalitär verfassten Staatswesen in eine allgemeine politische Erhebung gegen die Regierung verwandelt. Die konkrete soziale Unzufriedenheit, der Ärger über schmaler werdende Lohntüten und steigende Preise bildeten zusammen mit dem allgemeinen politischen Unwillen eine hochexplosive Mischung.

Sowjetische Soldaten auf einem LKW im Einsatz gegen Berliner Demonstranten

An der Leipziger Straße suchen Demonstranten Schutz vor Gewehrkugeln.

Mit Schrecken musste die SED-Führung 1953 feststellen, dass sich die Arbeiterbewegung in der Realität gegen die Parteidiktatur richtete. Künftighin reagierte die SED geradezu seismographisch auf sozial motivierte Missstimmungen unter den Arbeitern und tat alles, um Konfliktpotentiale zu entschärfen. Freilich stießen sie dabei immer wieder an die ökonomischen Grenzen ihres ineffizienten Systems. So waren alle Versuche zum Scheitern verurteilt, die Werktätigen durch den Ausbau des Sozialsystems ruhig zu stellen. Trotz aller Bemühungen blieb das SED-Regime gerade unter der Arbeiterschaft bis zum Ende unpopulär. Auch die Erinnerung an den Juni-Aufstand von 1953 lebte vor allem in den proletarischen Schichten weiter. In den Erzählungen war jener Tag, an dem die Genossen klammheimlich ihre Parteiabzeichen verschwinden ließen, an dem die Symbole der kommunistischen Herrschaft herabgerissen wurden und die HO-Läden brannten, ein großer Sieg. Niemand hat diese Denkweise besser verstanden und tiefer verinnerlicht als die führenden Repräsentanten des SED-Regimes. Die Erinnerung an die Ereignisse im Juni 1953 war für sie ein unbewältigtes Trauma, das im Herbst 1989 wieder aktuell werden sollte. Während der Dienstberatung der Bezirksverwaltung des MfS an jenem entscheidenden 9. Oktober 1989, als rund siebzigtausend Demonstranten demokratische Reformen einforderten, notierte sich einer der MfS-Mitarbeiter handschriftlich in sein Arbeitsbuch: »... Lageverschärfung durch Zusammenrottung/Störung [der] staatlichen und öffentlichen Ordnung. Verhinderung eines 17. Juni. Behauptung der Macht. Alle Aufgaben sind dieser Lage unterzuordnen.«¹⁴

So wurden die Berliner Bauarbeiter und deren Forderungen zum Metekel für die SED-Diktatur. Die sozialistische Prachtstraße aber – die im November 1961 in Karl-Marx-Allee umbenannt wurde – zum doppelten Symbol: zur steingewordenen Vision einer kommunistischen Zukunft und zum Ort des Scheiterns dieser menschenfeindlichen Utopie.

1 Baut die Straßen der Zukunft, Worte: Fritz Kracheel, Musik: Kurt Greiner-Pol, in: Seid bereit! Liederbuch der Thälmann-Pioniere. Leipzig 1973, S. 412 f.

2 Entwurf vom 2. August 1951; Bundesarchiv (BArch), DH 2 DBA/A/47.

3 Neues Deutschland, 25. November 1951.

4 Erwin Burkert: Aufbau-Walzer, zitiert nach: Herbert Nikolaus/Alexander Obeth: Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße. Berlin 1997, S. 134.

5 BStU, ZA, MfS, AS 168/56.

6 BStU, ZA, MfS, AS 168/56.

7 BArch-SAPMO, ZPA, NY 4090/437 (Nachlass Otto Grotewohl).

- 8 Ebenda, Bericht vom 15.6.1953 über den Empfang der Delegation der Bauarbeiter der Stalinallee am 15.6.1953 im Sekretariat des Ministerpräsidenten.
- 9 BArch-SAPMO, ZPA, NY 4090/437 (Nachlass Otto Grotewohl), Bericht vom 10.7.1953.
- 10 Neues Deutschland, 20. Juni 1953.
- 11 Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Bd. 10, S. 1009 f.
- 12 BArch-SAPMO, ZPA, NL 182/1387.
- 13 Bertolt Brecht, Briefe 1913–1956, Band 1, Berlin/Weimar 1983, S. 657 f.
- 14 BStU, ASt. Leipzig, MfS, HA XX, Arbeitsbuch Nr. 1077, Bl. 54–57.

Ulrich Mählert (Hg.)

Der 17. Juni 1953

Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8012-4133-5

Copyright © 2003 by
Verlag J.H.W.Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, D-53175 Bonn
Satz: Petra Strauch, Bonn
Lektorat: Günter Hertel
Umschlaggestaltung: Daniela Müller, Bonn, unter Verwendung eines Fotos aus dem
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Druck und Verarbeitung: WB-Druck, Rieden
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2003

Inhalt

- 7 **Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes**
Ulrich Mähler

I Der Aufstand in den Regionen

- 36 **Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests**
Stefan Wolle
- 57 **Potsdam: Im Schatten der Hauptstadt?**
Traditionen, Brüche und Konflikte
Burghard Ciesla
- 77 **Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos**
Heidi Roth
- 109 **Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand**
Heinz Voigt
- 133 **Bezirk Halle: Aufruhr im »blutroten Herzen Deutschlands«**
Udo Grashoff
- 157 **Rostock: Erhebung an der Küste**
Klaus Schwabe

II Menschen machen Geschichte

- 174 **Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR**
Friedhelm Boll
- 199 **Richard Haider – Ein Leipziger Sozialdemokrat**
Zusammengestellt von Heidi Roth

- 205 **Stefan Weingärtner – Ein jugendlicher »Provokateur«**
Zusammengestellt von Heidi Roth
- 209 **Walter Scheler – Die Courage des Augenblicks**
Zusammengestellt von Heinz Voigt
- 215 **Paul Othma – Ein Streikführer in Bitterfeld**
Zusammengestellt von Udo Grashoff
- 219 **Robert Dahlem – Wider die eigene Partei**
Zusammengestellt von Klaus Schwabe
- 225 **»Der 16. Juni 1953 bleibt mir unvergesslich« –
Ein Augenzeugenbericht**
Peter Bruhn

III Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik

- 252 **Die »Verarbeitung« des 17. Juni 1953 in der DDR
und der Bundesrepublik**
Bernd Faulenbach
- 273 **Weiterführende Literatur**
- 277 **Bildnachweis**
- 278 **Über die Autoren**